

schichte, 2. die Suche nach Vergleichsmustern für die mögliche Gestaltung von Entwicklungsprozessen in den Ländern der dritten Welt.

Räumlich beschränkt sich die Untersuchung auf die überwiegend agrarisch strukturierten, durch das System der Gutswirtschaft geprägten ostelbischen Provinzen Preußens; zeitlich erfaßt sie die durch nachhaltigen Wandel der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse gekennzeichnete Periode, welche mit dem Aufschwung der Agrarkonjunktur nach dem Siebenjährigen Kriege begann und mit der letzten Hungerkrise vor Beginn des Industriezeitalters endete. Dieser Zeitraum wird in zwei Abschnitte unterteilt: die bis zum militärischen Zusammenbruch Preußens (1806) währende „Kommerzialisierungsphase“ der Landwirtschaft und den durch die Reformen ausgelösten Übergang zum „Agrarkapitalismus“ in der ersten Hälfte des 19. Jhs.

Dementsprechend ergibt sich eine Gliederung der Arbeit in vier annähernd gleich lange (jeweils etwa 50 Seiten umfassende) Teile:

Im ersten werden theoretische Grundlagen, Ziele und Methoden der Analyse erörtert. Der zweite Teil schildert die politisch-sozialen Verhältnisse Preußens, wie sie sich im Verlauf des — durch zunehmende Marktverflechtung charakterisierten — Kommerzialisierungsprozesses der Gutswirtschaften um 1800 herausgebildet hatten. Der dritte Teil ist den Vorgängen um die Agrarreform selbst gewidmet, ihren einzelnen Etappen sowie den bei ihrer Durchführung auftretenden Problemen und Restriktionen. Ihre Bedeutung für den Durchbruch des „Agrarkapitalismus“ und den Wandel der politisch-sozialen Struktur im Verlauf des 19. Jhs. ist schließlich Gegenstand des vierten und letzten Teiles der Untersuchung.

Ein umfangreicher Quellennachweis (in Form von über 50 Seiten Anmerkungen und eines 20seitigen Literaturverzeichnisses) zeugt von der außergewöhnlichen Belesenheit der Autorin; doch vermag weder die von ihr zusammengetragene Stofffülle noch der marxistische Jargon über die Unergiebigkeit ihrer Recherchen hinwegzutäuschen, deren Fazit sie wie folgt zusammenfaßt: „Das bleibende politische Ergebnis des Kampfes um die Reformen war der Kompromiß zwischen absoluter Bürokratie und der neu sich bildenden Klasse von Agrarkapitalisten, der den Herrschaftskompromiß des 18. Jahrhunderts, den die Krone mit dem Adel geschlossen hatte, ablöste“ (S. 198) . . . „Unter der Perspektive der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft wäre es politisch geboten gewesen, die Grundbesitzer zu entmachten. Ökonomisch war dies jedoch wegen ihrer ökonomischen Erfolge weder möglich noch wünschbar“ (S. 192), infolgedessen „stand am Ende des hier behandelten Zeitraums eine Klasse adlig-bürgerlicher Gutsbesitzer als der Gewinner nicht nur der Agrarreformen da, sondern ebenfalls einer Agrarkonjunktur und einer Exportlage, die landwirtschaftliche Großbetriebe begünstigte“ (S. 200).

Um dieser Ergebnisse willen hätte es keiner derart umständlichen Forschungsarbeit bedurft.

München

Hans-Heinrich Herlemann

Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848—1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig. Bearb. und eingel. von Horst Schlichte. (Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, Bd 11.) Verlag Hermann Böhlau Nachf. Weimar 1979. XXV, 595 S., 4 Abb. i. T.

Die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“, der erste lose Verband der deutschen Arbeiter, existierte nicht einmal zwei Jahre. Er entstand im

September 1848 in Leipzig und wurde schon im Juni 1850 von der sächsischen und der preußischen Regierung verboten. Dieser demokratischen Vereinigung — in den Dokumenten meist schlicht „Zentralkomitee der deutschen Arbeiter“ genannt — schlossen sich hauptsächlich im Revolutionsjahr 1848 ungefähr 250 Ortsvereine mit etwa 18—20 000 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands an. Freilich fehlte ihr eine straffe Organisation und ein festes Programm. Die „Arbeiterverbrüderung“ (in der Folge AV) blieb „stets ein relativ lockerer Zusammenschluß lokaler und regionaler Arbeiterkomitees von recht unterschiedlichem ideologischen Reifegrad“ (S. 79, ähnlich auch S. 11). Kein Geringerer als Friedrich Engels kritisierte gerade diese Mängel, vor allem die „klassenmäßige Heterogenität . . . , die zur Folge hatte, daß die amtlichen Veröffentlichungen dieser Organisation ein Konglomerat widersprüchlicher Tendenzen bildeten“ (S. 77).

Fast die gesamte Korrespondenz der AV — hauptsächlich Berichte und Adressen der regionalen und lokalen Vereine an das Leipziger Zentralkomitee — ist gerettet worden und befindet sich heute größtenteils im Staatsarchiv Dresden. Dessen ehemaliger Direktor Horst Schlichte legt sie hier in einer ausführlich kommentierten Edition vor. Seine relativ lange Einleitung (S. 1—85) ist ein fundierter, auf jahrzehntelangen Forschungen beruhender, aber leider ideologisch einseitiger Abriß der Geschichte der AV. Den Wert des Werkes erhöhen die aufschlußreichen Anmerkungen und die umfassenden Register, insbesondere das Personenregister, in dem sich der Bearbeiter nicht mit dem Namen begnügt, sondern oft auch Beruf und Wohnort angibt, nach Möglichkeit sogar die Lebensdaten.

Diese Edition soll gemäß dem Forschungsbereich der „Zeitschrift für Ostforschung“ lediglich auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete hin rezensiert werden. Dort gab es den Dokumenten zufolge nur in sechs Städten Ortsvereine, und zwar in den vier Provinzhauptstädten Königsberg, Danzig (Provinzhauptstadt vor 1824/29 und nach 1878), Stettin und Breslau sowie in Tilsit und Glogau, also auch in zwei verhältnismäßig kleinen Orten. Auffallend ist, daß andererseits keine Vereine in weiteren aufstrebenden Industrieorten bestanden, in denen man sie erwartet hätte, also etwa in Waldenburg, im Eulengebirge (Weberaufstand 1844!) oder im oberschlesischen Industriegebiet. Ein Grund dafür mag darin zu suchen sein, daß es sich bei den Mitgliedern dieser „Arbeitervereine“ nicht um Arbeiter im heutigen Sinne handelte, sondern überwiegend um Handwerker und gelernte Arbeiter. Von den sechs in Ostdeutschland bestehenden Vereinen bezeichneten sich auch lediglich zwei, und zwar die beiden größten in Breslau (schon im April 1848 über 600 Mitglieder) und in Königsberg, als „Arbeitervereine“ (S. 155—156 u. 232—233). In Danzig, Glogau, Stettin und Tilsit, wo ihnen nur Handwerker angehört zu haben scheinen, nannten sie sich dagegen „Handwerker-“ oder „Gesellenvereine“ (S. 187—188, 242, 471 u. 476—477). Die „Arbeitervereine“ in Breslau und Königsberg wurden — soweit sich die Berufe der Briefunterzeichner eruieren ließen — von Akademikern geführt: in Breslau von dem Arzt und späteren liberalen Stadtrat Dr. Sigismund Asch und in Königsberg von Dr. Friedrich Crüger. Weitere Akademiker im Breslauer Vorstand waren der bekannte Universitätsprofessor Nees von Esenbeck und der Student Hermann Brehmer, der wenige Jahre später die Lungenheilstätte Görbersdorf, Kreis Waldenburg, gründete. Neben Nees von Esenbeck gehörten noch zwei weitere Vorstandsmitglieder gleichzeitig der deutsch-katholischen Gemeinde an (S. 156). Auch in München lassen sich Beziehungen der Anhänger Johannes Ronges zur AV nachweisen (S. 401).

Ganz allgemein ist Schlechte aus leicht erklärlichen ideologischen Gründen bemüht, retrospektiv möglichst zahlreiche Beziehungen zwischen der AV und dem „Bund der Kommunisten“ zu rekonstruieren. Mit der Verteilung des Prädikats „Kommunist“ verfährt er allerdings etwas voreilig, widerspruchsvoll und somit unglaubwürdig, wenn man als Stichprobe den Breslauer Verein heranzieht. Auf S. 33 ist der Vorsitzende Dr. Asch nämlich Mitglied des „Bundes der Kommunisten“, 15 Seiten weiter dagegen verwandelt er sich wieder in einen „kleinbürgerlichen Demokraten“ (S. 48). Auf S. 11 zählen Nees von Esenbeck und Brehmer (auch S. 26) zu den Kommunisten, auf S. 45 jedoch wird Nees, der der Präsident des Gründungskongresses der AV gewesen ist, auch wieder ein „kleinbürgerlicher Demokrat“. Und von Brehmer heißt es dann auf S. 49 (auch S. 156 u. 540) nur noch, er sei „vermutlich“ Mitglied des „Bundes der Kommunisten“ gewesen. Welchen Angaben soll der Leser glauben?

Von versuchter Einflußnahme der Kommunisten auf die AV kann jedoch erst in deren Endphase, also wenige Monate vor dem Verbot, und zwar auf der Generalversammlung im Februar 1850 in Leipzig, die Rede sein (S. 45). Bis dahin bildete die AV ein Sammelbecken organisationswilliger Handwerker und Arbeiter, aber auch sozial eingestellter liberaler Bürger, wie sich das gerade wieder am Breslauer „Arbeiterverein“ beweisen läßt, ähnlich deutlich oder gar noch deutlicher auch in Schleswig-Holstein (S. 322—326). Von einem Ruf nach Umsturz der bestehenden sozialen Verhältnisse ist nur selten zu lesen. Die weitaus überwiegende Zahl der Mitglieder zeigte vielmehr evolutionäre Tendenzen. So wurde z. B. in den von Nees verfaßten Statuten des Breslauer Vereins ein „Interessenausgleich“ zwischen Arbeitern und Arbeitgebern angestrebt (S. 48). Die Grundidee der AV lautete — und das war zweifelsohne eine Reminiszenz an das Postulat „Fraternité“ der Französischen Revolution — einfach „Brüderlichkeit“, also die soziale Verbundenheit aller arbeitenden Menschen. Eine solche Zielsetzung aber ist — im Gegensatz zur marxistischen Klassenkampflehre — mit jeder demokratischen Staatsform zu vereinbaren.

In ähnlicher Weise, wie Schlechte die verhältnismäßig starke Mitarbeit des liberalen Bürgertums in der AV abzuschwächen sucht, bemüht er sich auch, die nationale Komponente der 48er-Revolution abzuwerten oder gar zu ignorieren. Es darf nicht unterschlagen werden, daß die allermeisten Demokraten jener Tage nicht nur Freiheit und soziale Gerechtigkeit, sondern auch nationale Einheit forderten. „Doch nun soll die Freiheit erstehen und die Einheit nimmer vergehen“, heißt es im „Deutschen Kampflied“ des Wismarer Buchhändlers Sievers (S. 284). Kaum zählbar sind solche nationalen Töne in den Schreiben der Ortsvereine. Der Tilsiter Handwerkerverein z. B. nennt in einem Brief an den Berliner Arbeiterkongreß seinen nach dort geschickten Vertreter „einen Mann von echter deutscher Gesinnung und reinem demokratischen Gehalte“ (S. 476).

Trotz noch so vieler kritischer Anmerkungen ist die vorliegende Edition ein brauchbares Werk für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im besonderen und für die Geschichte der demokratischen Gruppierungen bzw. Parteien im allgemeinen. Die Dokumente sprechen für sich; man sollte sie nicht mit einer ideologisch verbrämten Brille interpretieren. Frolinde Balsler hat gewiß nicht unrecht, wenn sie auf Grund ihrer intensiven Beschäftigung mit der AV schon vor 17 Jahren feststellte, daß dieser demokratische Verband „auch dann entstanden wäre, wenn Anfang 1848 das ‚Kommunistische Manifest‘

nicht hätte erscheinen und Karl Marx nicht die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ hätte redigieren können“.¹

Zornheim bei Mainz

Helmut Neubach

1) F. Balsler: Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd 2), Stuttgart 1962, S. 20. — Schlechte setzt sich mit dieser lobenswerten Arbeit, die aus dem von Werner Conze geleiteten Arbeitskreis hervorgegangen ist, polemisch auseinander und wertet sie aus ideologischer Befangenheit ab („Arbeiterverbrüderung“, S. 9—10).

Ilse Costas geb. Steinfeldt: Studien zu den Auswirkungen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland 1880 bis 1914. Phil. Diss. Berlin 1976. Freie Univ. Berlin. Berlin 1978. 556 S., 48 S. Tab. i. Anh.

So interessant und wichtig die anzuzeigende Arbeit auch immer ist, so sieht man sich doch schon einleitend zu einer kritischen Anmerkung veranlaßt. Sie bezieht sich auf den fehlenden Index, denn dadurch wird für denjenigen Leser, der an speziellen Namen und Firmen interessiert ist, das Suchen danach zu einer aufwendigen Angelegenheit, abgesehen davon, daß man in einer Reihe von Fällen nicht fündig wird, obwohl man dies von der abgehandelten Thematik her erwartet.

Von den insgesamt 11 Kapiteln der Arbeit sind das 2. bis 8. die bemerkenswertesten. Sie sind überschrieben: „Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in Deutschland zwischen 1880 und 1914“ (S. 30—125); „Die Beziehungen zwischen Streikbewegungen und der Konzentration und Zentralisation des Kapitals“ (S. 126—230); „Die Wirkung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf die Arbeitsverhältnisse im Betrieb“ (S. 231—322); „Disziplinierungs- und Integrationsmaßnahmen der Unternehmen“ (S. 323—366); „Die Anerkennung der Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretungen der Arbeiterklasse und der Abschluß von Tarifverträgen“ (S. 327—392) und „Der gewerkschaftliche Organisationsgrad“ (S. 393—424).

Wie sehr man es auch zu begrüßen hat, daß die Vf.in ihre Ausführungen an Unternehmen wie der Gutehoffnungshütte; der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb; der Union AG für Bergbau und Hüttenbetrieb; dem Eschweiler Bergwerksverein; der Gewerkschaft Schalker Gruben- und Hüttenverein; der Niederrheinischen Hütte; der Siemens AG; den Farbenfabriken Bayer oder der BASF exemplifiziert, ob es sich nun um den Zentralisierungsprozeß im Eisenerzbergbau, im Steinkohlenbergbau, in der Eisenindustrie, im Stahlbereich, im Maschinenbau, in der Elektro- oder der chemischen Industrie handelt, um so bedauerlicher ist es, daß sie die beiden schlesischen Reviere — das Oberschlesische und das Waldenburger — weitgehend unberücksichtigt läßt, ganz zu schweigen vom Lothringer, das gerade im Betrachtungszeitraum einen ebenso rasanten wie eindrucksvollen Aufschwung erlebte. Die wenigen direkten Hinweise auf Oberschlesien, so S. 375, Anm. 2, wo es heißt, daß die Teilnehmer an der Sitzung sämtlicher Berg- und Hüttenvereine vom 18. Februar 1911 auch